

Der Vorsitzende wies nochmals darauf hin, dass die Tagesordnung durch den 2. Nachtrag vom 25.01.2013 um diesen Punkt erweitert wurde, und dass zu diesem Thema ein weiterer Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 28.01.2012 eingegangen und mit Nachsendung vom 29.01.2013 nachgereicht worden sei.

Abg. Bausch erläuterte, der Antrag seiner Fraktion knüpfe an das in der letzten Sitzung von Herrn Minten vom Landesbetrieb Straßen.NRW vorgestellte Sanierungskonzept an. Die sog. Ertüchtigungsmaßnahmen sollen bereits Ende März dieses Jahres beginnen. Die notwendigen Sanierungsarbeiten werden in den nächsten Jahren zu erheblichen Verkehrsproblemen in unserer Region führen. Man sollte deshalb alle Anstrengungen unternehmen, die Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten. Hierzu gehören nach Auffassung seiner Fraktion auch die vier im Antrag genannten Punkte. Es sei zwar bekannt, dass die Verwaltungen in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis bereits Gespräche aufgenommen haben. Dennoch sollten die im Antrag zusammengefassten Punkte zur Verfahrensweise heute nochmals ausdrücklich beschlossen werden, weil das Thema eine solche Brisanz und eine so starke Auswirkung auf die gesamte Bevölkerung habe. Die Punkte seien als erster Anstoß seitens der Politik zu verstehen, die die Pflicht habe, die notwendigen Sanierungsarbeiten zu begleiten und dafür Sorge zu tragen, dass die Einschränkungen so gering wie möglich gehalten werden. In diesem Zusammenhang gebe es auch noch konkrete Überlegungen der Koalitionsfraktion, die in einem weiteren Antrag zusammengestellt seien und heute hier mitberaten werden sollten.

Abg. Metz schloss sich den Äußerungen des Abg. Bausch an. Es bestehe Einigkeit darüber, dass den Verkehrsteilnehmern in der Region erhebliche Einschränkungen bevorstehen. Auch wenn man nicht in allen Infrastrukturangelegenheiten einer Meinung sei, müsse die Politik gemeinsam die Verantwortung übernehmen und alles dafür tun, um die Auswirkungen der Sanierungsmaßnahmen so weit wie möglich abzumildern. Hierfür sei jede Idee willkommen. Seine Fraktion begrüße ausdrücklich das 4-Punkte-Programm der CDU, mit dem noch einmal deutlich gemacht werde, dass man sich - auch politisch - von Anfang an dafür einsetze, Maßnahmen zur Abmilderung der Verkehrseinschränkungen zu finden und voran zu treiben. Hierbei müssen alle für die Region Bonn/Rhein-Sieg Verantwortlichen an einem Strang ziehen. In dem Antrag seiner Fraktion seien noch einmal alle Maßnahmen, Untersuchungen und Fragestellungen zusammengefasst dargestellt, die als wichtig zur Bewältigung eines möglichen Verkehrschaos angesehen werden, auch wenn sie zum Teil schon häufiger hier diskutiert worden seien. Neu hinzugekommen sei z.B. die Prüfung der Kapazität und Auslastung sowie der evtl. Ausbau der Park & Ride und der Bike & Ride-Plätze. Gleiches gelte für die genannten Optimierungsmaßnahmen an den Autobahnen. Aufgrund der Kurzfristigkeit des Antrages und der Vielzahl der Einzelpunkte schlage er für das weitere Verfahren vor, die Verwaltung zu bitten, alle Punkte bei ihrer weiteren Arbeit zu berücksichtigen und die Ergebnisse der Prüfaufträge in einer Beschlussvorlage dem Ausschuss zur Entscheidung bzw. ggf. zur Vorberatung für KA/KT vorzulegen. Dann könne man heute auf eine Abstimmung der Einzelpunkte verzichten.

Abg. Tendler bemerkte, ein Presseartikel berichte über die gemeinsame Konferenz in Bonn und sei übertitelt mit „Strategien gegen Staus gesucht“. Das treffe genau den Kernpunkt des Themas. Herr Sieberg werde gleich noch die Ergebnisse der Strategiekonferenz vorstellen. Seine Fraktion sehe ein wichtiges Instrument darin, alle Akteure zusammen zu bringen und gemeinsam Lösungsstrategien zu erarbeiten. Insofern teile er die Ausführungen der Abg. Bausch und Metz. Es gebe nicht nur eine Lösung auf der Schiene oder auf der Straße, sondern die Lösung liege sicherlich in einem Mix der Verkehrsmittel, wobei man auch über unkonventionelle Lösungen nachdenken sollte. Seine Fraktion denke an einen verstärkten Einsatz im ÖPNV. Auch müsse man den Rhein als Verkehrsstraße in die Überlegungen mit einbeziehen, z.B. durch den Einsatz von Taxibooten oder der Intensivierung des Fährverkehrs. Es müsse einfach gelingen, den Individualverkehr und damit die Autos auf den Straßen zu

verringern. Deshalb sollte man auch über den Einsatz von Schnellbussen noch einmal nachdenken. Alle Überlegungen können in der Addition zur Entlastung des Verkehrsproblems führen. Was die Region aber nicht weiterbringe, seien die in der Begründung des CDU-Antrages erneut angesprochenen Maßnahmen „Venusbergtunnel/Ennertaufstieg“.

Planungsdezernent Jaeger wies darauf hin, dass viele der im Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN genannten Punkte zum planerischen Handwerkszeug der Verkehrswirtschaftler gehören und schon allein deshalb in die Überlegungen mit einbezogen würden. Für die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs sei Herr Siegberg mit dem Straßenverkehrsamt bzw. das Dezernat der Kreisdirektorin zuständig. Das Planungsdezernat arbeite mit dem Straßenverkehrsamt eng zusammen.

Straßenverkehrsamtsleiter Siegberg berichtete, die Zuständigkeit für das Sanierungskonzept liege nicht mehr allein beim Autobahnamt Krefeld, sondern die einzelnen Bauabschnitte werden von der Zentrale in Gelsenkirchen unter dem Projektleiter Mario Korte koordiniert und von dem ABA Krefeld und dem Landesbetrieb Straßen.NRW, Außenstellen Vile/Eifel und Rhein-Berg, unterstützt. Die Strategiekonferenz am 29.01.2013 in Bonn sei aus Sicht der Verwaltung ein großer Erfolg, denn alle mit den Anträgen und in den heutigen Wortbeiträgen genannten Punkte seien dort angesprochen worden. Die teilnehmenden Verwaltungen aus Bonn, Köln und dem Rhein-Sieg-Kreis sollen jetzt noch ergänzt werden um den Rheinisch-Bergischen-Kreis und den Oberbergischen Kreis, weil viele Betriebe aus diesem Bereich linksrheinisch arbeiten. Sehr zufrieden mit der Konferenz waren auch die IHK und die Handwerkskammer, die erstmals über die konkreten Ablaufpläne, die Herr Minten vom Landesbetrieb dem Ausschuss in der letzten Sitzung vorgestellt habe, informiert worden seien. Die Probleme des ÖPNV seien ebenfalls angesprochen worden. Neben den Verkehrsunternehmen SWB und RSVG seien auch die DB Netz AG sowie das Polizeipräsidium Bonn und die Autobahnpolizei, die sich ebenfalls schon sehr intensiv mit den Baumaßnahmen beschäftigt haben, vertreten gewesen. Als erster und wichtiger Punkt sei vereinbart worden, die Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren. Die Stadt Bonn werde alle Pressestellen der beteiligten Behörden und Unternehmen zu einer weiteren Konferenz einladen, um gemeinsam festzulegen, wie die Öffentlichkeit über die zu erwartenden Verkehrseinschränkungen informiert werden könne. Der Projektleiter, Herr Korte, gehe davon aus, dass der Verkehr zwar stocken, aber dem Grunde nach laufen werde, da die Arbeiten in der Hauptverkehrszeit (HVZ) unter Beibehaltung aller Fahrspuren durchgeführt werden. Die Verwaltungen halten dies nicht für realistisch und haben deshalb eine Simulation der gesamten Verkehre gefordert. Allein die Geschwindigkeitsbeschränkung auf 60 km/h führe bei dem hohen Verkehrsaufkommen in der HVZ zwangsläufig zu Staus.

Um das Ausmaß und die Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz abschätzen und dann mit den entsprechenden Maßnahmen (ÖPNV, Fähren usw.) reagieren zu können, brauche man die Simulation. Der Landesbetrieb weigere sich aus finanziellen Gründen. In der Konferenz sei deshalb mit Unterstützung der Stadt Köln entschieden worden, den Verkehrsminister durch Herrn Landrat Kühn und Herrn Oberbürgermeister Nimptsch zu bitten, eine solche Simulation schnellstmöglich durchführen zu lassen und die Ergebnisse mit den betroffenen Kommunen zu erörtern. Im Vorfeld sei bereits vereinbart worden, auch die verkehrsrechtliche Anordnung mit allen Beteiligten abzustimmen.

Wie in der Konferenz zu erfahren war, habe die Bezirksregierung die Anordnung bereits fertig gestellt und stehe kurz vor Genehmigung des vom Landesbetrieb Straßen.NRW vorgeschlagenen Bauverfahrens. Herr Stadtbaurat Wingenfeld habe deshalb die Bezirksregierung schriftlich gebeten, vor Herausgabe der verkehrsrechtlichen Anordnung mit den Fachleuten des Landesbetriebs und der Verwaltungen ein Abstimmungsgespräch zu führen. Die Schreiben an den Verkehrsminister und die Bezirksregierung sind der Niederschrift als **Anlage 1 und 2** beigefügt.

Nach Zusage des Landesbetriebs Straßen.NRW werde die L 183n im Herbst 2014 fertig gestellt.

Ebenso sei zugesagt, dass der zweispurige Ausbau der B 56 zwischen Bundesgrenzschutzstraße in Sankt Augustin-Hangelar und AS Vilich-Mülldorf bis Ende 2014 beendet werde. Angesprochen worden seien auch die potentiellen Auswirkungen des zu erwartenden Stauverkehrs auf der Nordbrücke auf den ÖPNV der umliegenden Straßen. Hier müsse u.a. dafür Sorge getragen werden, dass die separate Busspur auf der L 269 zwischen Niederkassel und Bonn-Nord vom Pkw-Verkehr freigehalten werde. Darüber hinaus müssen auch die längeren Fahrzeiten beim Rettungsdiensteinsatz bedacht werden. Alle Maßnahmen sollen in konkreten Arbeitsgruppen begleitet werden. Die Verwaltung werde den Ausschuss regelmäßig über die Ergebnisse informieren.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya ergänzte, der Landesbetrieb Straßen.NRW habe in der Konferenz ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Kosten für evtl. Taktverdichtungen oder das Einrichten von Schnellbus-Linien nicht vom Landesbetrieb übernommen werden, sondern von den betroffenen Kommunen bzw. dem Aufgabenträger finanziert werden müssen.

Abg. Bausch äußerte an Herrn Abg. Tandler gewandt, Maßnahmen, die der Region etwas bringen, seien von den Gutachtern (den Fachleuten) aufgezeigt worden und das seien nun mal der Venusbergtunnel und die Südtangente. Seine Fraktion werde deshalb auch weiterhin diese wichtigen Maßnahmen ganz offensiv in den Vordergrund stellen.

Abg. Metz bemerkte, die unterschiedlichen Einschätzungen über das Thema Südtangente und Ennertaufstieg seien bekannt. Seine Fraktion halte die Aussagen des Gutachters in diesem Bereich nicht für eine Lösung mit Perspektive für die Region, da die Maßnahmen auch viele Nachteile mit sich bringen würden. Aber darüber könne man durchaus auch anderer Meinung sein. Einigkeit sollte allerdings darüber bestehen, dass für die jetzt anstehenden Brückensanierungen beide Maßnahmen keine Relevanz mehr haben werden.

Er dankte Herrn Sieberg für den ersten Zwischenbericht. Da sich die Sanierungsmaßnahmen über viele Jahre erstrecken, sollte dies zum Anlass genommen werden, den Verkehr in der Region zu harmonisieren und zu verbessern und dazu gehören, wie Herr Abg. Tandler bereits betont habe, alle Verkehrsträger. Das habe seine Fraktion auch in Ihrem Antrag berücksichtigt. Die P&R-Plätze sollten auf jeden Fall überprüft werden. Wenn z.B. ein P&R-Platz in unmittelbarer Nähe einer zu sanierenden Brücke (z.B. in Ramersdorf) jetzt schon ständig belegt sei, dann müsse dies dringend geändert werden. Im Zusammenhang mit der Sanierung des Tausendfüßlers sollte auch die Möglichkeit geprüft werden, den Verkehr auf der A 565 aus Richtung Meckenheim vor dem Tausendfüßler im Bereich des „Endenicher Ei“ abzuleiten. Die grundsätzliche Infrastruktur hierfür sei im Bereich der AS Poppelsdorf bereits vorhanden. Sie sei aus verkehrsplanerischen Gesichtspunkten bisher nur nicht genutzt worden. In diesem Sinne sei der Antrag seiner Fraktion zu verstehen. Er solle den ein oder anderen Punkt, der bereits geprüft werde, unterstützen und die ein oder andere zusätzliche Anregung geben, um das „Verkehrschao“ so gering wie möglich zu halten.

Abg. Tandler interessierte sich nach der ersten positiven Bilanz der Strategiekonferenz für die weitere Organisation der Arbeit.

Straßenverkehrsamtsleiter Sieberg antwortete, sowohl die Verwaltungen als auch die Verkehrsbetriebe und die Polizei haben verantwortliche Ansprechpartner benannt, die alle Informationen sammeln und die weitere Koordination übernehmen. Bei der Stadt Bonn sei dies der Leiter des Tiefbauamtes, Herr Bergmann. Beim Rhein-Sieg-Kreis sei das Straßenverkehrsamt mit der Koordination der Angelegenheit beauftragt worden. Bevor allerdings ganz konkrete Maßnahmen festgelegt werden könnten, müsse das Ergebnis der Verkehrssimulation abgewartet werden. Bezogen auf die P&R-Plätze äußerte er, in Sankt Augustin-Hangelar werden bereits 100 zusätzliche Stellplätze errichtet.

Abg. Dr. Kuhlmann dankte Herrn Sieberg für den ersten Bericht und die Bereitschaft, den Ausschuss fortlaufend zu informieren. Die Verwaltung sei auf einem guten Weg. Insofern halte er eigentlich die Anträge der beiden anderen Fraktionen für obsolet.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, schlug vor, die beiden Anträge als „Brainstorming“ für die Verwaltung zu betrachten. Die Verwaltung sollte auf der Grundlage der beiden Anträge bis zur nächsten Sitzung eine Vorlage mit konkreten Maßnahmen und der damit in Zusammenhang stehenden möglichen Kosten vorbereiten. Er erkundigte sich, ob die Verwaltung dies für machbar halte.

Planungsdezernent Jaeger erklärte, er habe dem bisherigen Beratungsverlauf entnommen, dass die in den Anträgen zum Teil sehr detailliert enthaltenen Anregungen von der Verwaltung aufgegriffen und in die Arbeit mit einbezogen werden sollen.

Abg. Bausch betonte, er sehe den Antrag seiner Fraktion nicht als obsolet an. Er glaube, die genannten Punkte seien richtig und zielführend und enthalten einen allgemeinen Auftrag an die Verwaltung, der durch den heutigen Bericht von Herrn Sieberg noch nicht erledigt sei. Insofern bitte er, den Antrag heute auch zur Abstimmung zu stellen. Ob die Beschlussfassung anschließend auch noch dem Kreisausschuss/Kreistag vorgelegt werden solle, werde seine Fraktion zu einem späteren Zeitpunkt erörtern.

Abg. Metz machte deutlich, er unterstütze für seine Fraktion die Äußerungen des Abg. Bausch. Eine politische Willensäußerung mache im Rahmen eines solchen Prozesses durchaus Sinn. Er wiederholte daher nochmals seinen bereits zu Beginn der Beratungen formulierten Verfahrensvorschlag: Über den CDU-Antrag sollte heute abgestimmt und der Antrag seiner Fraktion mit Zusicherung der Verwaltung, die einzelnen Punkte zu prüfen und in eine Entscheidungsvorlage für eine der nächsten Sitzungen mit einzubeziehen, zurückgestellt werden.

Straßenverkehrsamtsleiter Sieberg bat den Ausschuss zusätzlich um Unterstützung bei dem Wunsch der Verwaltung, dass das Land alle Maßnahmen mit den beteiligten Kommunen abstimme.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, unterstützte dies und ergänzte, in den Beschluss sollte ebenfalls aufgenommen werden, dass der Ausschuss erwarte, dass die Verkehrssimulation vom Land durchgeführt werde.

Hierüber bestand Einvernehmen.

Der Vorsitzende stellte den entsprechend ergänzten Beschlussvorschlag aus dem CDU-Antrag zur Abstimmung.